

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend**

**Gestaltungsstarke Gemeinden statt Altföderalismus - Oberösterreich als treibende
Kraft der gesamtstaatlichen Erneuerung**

**Gemäß § 25 Abs. 7 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag als
dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird dazu aufgefordert, zum Ziel der Entlastung der Gemeindehaushalte, der Wiederherstellung der Gemeindeautonomie und der Schaffung von Gestaltungsspielräumen der Gemeinden zum Nutzen der Bevölkerung

- a. im eigenen Wirkungsbereich stärker zu priorisieren und so sparsamer zu Haushalten,
- b. in der Reformpartnerschaft mit der Bundesregierung eine bundesstaatliche Aufgabenreform, die Klarheit und Effizienz in Governance und Steuermittelverwendung priorisiert, zu unterstützen,
- c. in ebendiesem Sinne eine korrespondierende bundesstaatliche Reform der Finanzierungsströme hin zur Aufgaben- und Abgabenverantwortung aus einer Hand zu unterstützen

und dadurch sich selbst eine wesentliche Reduktion der Belastung der Oö. Gemeinden durch die überdurchschnittlich hohe Oö. Landesumlage zu ermöglichen sowie die Voraussetzungen für die Stärkung der Eigenständigkeit von Gemeinden etwa durch Finanzausgleichs-Vorteile bei Fusionen und kostensenkenden Kooperationen oder durch die Einführung kommunaler Hebesätze der Einkommenssteuer zu schaffen.

Der Oö. Landtag bekennt sich in diesem Sinne zum Ziel der strukturellen Entlastung der Gemeinden durch eine gesamt-bundesstaatliche Anstrengung aller Gebietskörperschaften.

Begründung

Gemeinden stehen unter wachsendem Druck durch steigende Aufgaben, knappe Budgets und vielfache, teils verworrene Zuständigkeiten. Darunter leiden wesentliche Kernleistungen des Staates für seine Bürger:innen in beispielsweise Verwaltung, Bildungswesen, Straßenerhalt, Pflege oder Gesundheit. Rund die Hälfte der Oö. Gemeinden ist im Härteausgleich, allein das wäre Grund genug, um Aufgaben, Finanzierungssystem und politische Praxis grundlegend zu hinterfragen. Die Sanierung von Oberösterreichs Schulen hinkt hinterher, ebenso die der Gemeindestraßen.

Die Kosten des Gesundheits- und Pflegesystems wachsen dem Gesamtstaat über den Kopf, besonders belastet sind auch hier die Gemeinden. Zugleich fällt es gerade manchen kleineren Gemeinden immer schwerer, ihre Verwaltungsposten zu besetzen.

Die Gründe für diese Situation sind evidentermaßen strukturell. Es ist an Bund, Ländern und Gemeinden selbst, sie zu beheben. Im Rahmen der Reformpartnerschaft zwischen Bund, Ländern und Gemeinden kann dies gelingen, wenn alle Beteiligten ehrlich das Interesse der Bevölkerung, statt dem jeweiligen gebietskörperschaftlichen oder machtpolitischen Einzelinteresse verfolgen. Oberösterreichs Rolle in dieser Reformpartnerschaft ist wesentlich. Verschreiben sich seine Vertreter:innen dem politischen Ziel, das gesamtstaatliche System effizienter, wirksamer und zweckorientierter aufzustellen, kann dies die Erneuerung und Stärkung unseres Landes ermöglichen. Arbeiten sie gegen dieses Ziel oder Beharren sie auf dem Status Quo, kann genau das der Grund für ein abermaliges Scheitern dieser wichtigen Erneuerung werden.

Es ist deshalb im Interesse der oberösterreichischen Bevölkerung und damit seiner Volksvertretung, des Oö. Landtages, dieses Ziel zu formulieren und zu unterstützen. Es ist an der Oö. Landesregierung, im Auftrag und mit Rückhalt des Oö. Landtages auch in diesem Sinne mitzugestalten, aber auch im eigenen Wirkungsbereich politisch zu priorisieren und zweckmäßiger zu Haushalten.

So kann die Schaffung eines modernen, gemeindezentrierten Föderalismus möglich werden, der Gemeinden mehr Handlungsspielraum und Eigenverantwortung verleiht, um ihre Aufgaben besser wahrzunehmen - oder sie an anderer Stelle effizienter und effektiver anzusiedeln. Dazu zählt auch eine gesteigerte Abgabenautonomie der Gemeinden. Sie schafft die Grundlage für mehr Handlungsfähigkeit, Fusionsanreize und einen Wettbewerb der besten Ideen. So kann nicht nur die Qualität, Nachhaltigkeit und Effizienz der Vollziehung steigen, sondern Studien zufolge auch die Reduktion der Steuersätze sowie die Steigerung des real verfügbaren Einkommens der Bevölkerung bewirken.¹

Linz, am 11. November 2025

(Anm.: NEOS-Fraktion)
Eypeltauer, Bammer

¹ Köppl-Turyna, M. (2018): *Echten Föderalismus braucht das Land*. Agenda Austria: Wien.